Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 1: Protest und Dialog : zum Jugendproblem heute

Artikel: Die notwendige Evolution der Demokratie
Autor: Bächtold, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162737

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KURT BÄCHTOLD

Die notwendige Evolution der Demokratie

Ratlosigkeit gegenüber dem Protest?

Bei einer grossen Zahl von Politikern lässt sich eine Unsicherheit in der Beurteilung der Jugendunruhen feststellen. Aus der Flut von Berichten und Kommentaren erhalten sie keine einhellige Meinung und klare Analyse weder über die Ursachen dieses Phänomens noch über seine Bedeutung. Handelt es sich um eine vorübergehende Erscheinung, die mit der Jugend der Revoluzzer zusammenhängt und mit zunehmendem Alter von selber verschwindet, oder handelt es sich um eine Bewusstseinsveränderung, die sich in ihren letzten Konsequenzen erst allmählich in Jahren und Jahrzehnten entwickelt? Ist es Freude am Klamauk oder ein echtes politisch-moralisches Engagement? Ist der Protestbewegung der Studenten mit Hochschulreformen beizukommen oder wird die Unzufriedenheit nur von radikalen Drahtziehern benutzt für sehr viel weitergesteckte Ziele? Sind jene gut beraten, die eine Diskussion als blosse Zeitverschwendung bezeichnen oder jene, die es mit überzeugendem Zureden versuchen wollen?

Eine gewisse Einmütigkeit scheint beim «Establishment» darin zu bestehen, dass die Forderung nach Ausbau und Reform der Hochschulen berechtigt sei. Sämtliche Kredite für diesen Zweck sind denn auch fast reibungslos bewilligt worden. Ratlosigkeit und Unverständnis herrschen in politischen Kreisen gegenüber den Formen des Protests. In der Vorstellung der meisten schweizerischen Politiker haben sich die alten Verhaltensschemata in der Demokratie so verfestigt, dass neue Methoden als ungewöhnlich, ja als ungehörig empfunden werden. Man glaubt, dass durch Radikalismus die nötigen Reformen gestört und zu Tode gehetzt werden.

Folgt man den Soziologen, so sind die Gammler, die Hippies, die Angehörigen der Kommunen und der antibürgerlichen Gegenkultur ein fleischgewordener Protest gegen die Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft mit ihren Sachzwängen, Repressionen, Frustrationen und Manipulationen, um im Sprachgebrauch der Protestbewegung zu reden. Es heisst, sie lehne sich auf gegen den Götzen Lebensstandard, gegen das Nützlichkeits- und Profitdenken der älteren Generation. Im Zielfeld steht also nicht das im engeren Sinn Politische, nicht der Staat, sondern der Mensch mit seinen tieferen Bedürfnissen. Dies zeigt sich darin, dass die Unruhen in allen grossen Industriestaaten auftreten, nicht allein in den westlichen Demokratien. In

der Schweiz kommt der Protest spät und ist im Grunde wenig originell. Mancher Politiker tröstet und beruhigt sich damit, dass er in den Wochenschauen längst schon Jugendliche anderer Staaten hinter dem Bild des geissbockbärtigen Ho Tschi Minh herrennen, gegen den Vietnamkrieg und den Schah von Persien protestieren sah. Auch das Vokabular scheint ihm entlehnt und in der direkten Demokratie falsch angewendet. Lassen sich die Jugendunruhen nicht mit der Feststellung abtun, zu allen Zeiten hätten Söhne gegen ihre Väter rebelliert? Nach den gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte muss ja das Pendel kräftiger ausschlagen.

Auch wenn der Politiker heute noch kein Fazit ziehen will, weil sich ihm die Jugendbewegung als buntes Gemisch von Gruppen mit sehr unterschiedlicher geistiger und menschlicher Qualität darbietet, wird er doch einige unleugbare Tatsachen nicht übersehen dürfen. Die erste besteht darin, dass die Studentenschaft und die Universität als Unruheherd, ja als revolutionäre Potenz an die Stelle des früheren Industrieproletariates getreten ist. Dieses Umstandes ist man sich auch unter den Politikern noch zu wenig bewusst. Der Generation, welche die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erlebte, ist die Fähigkeit, sich an Ideologien und Heilslehren zu erwärmen, abhanden gekommen. Jetzt ist eine Jugend herangewachsen, welche diese Erfahrungen nicht gemacht hat und die Bereitschaft zu Ideologien (und Utopien) wieder in sich trägt. Jetzt ist die «skeptische Generation» der Nachkriegszeit abgelöst durch eine andere, von einer neuen Sucht nach Ideologie befallenen, der Zweifel als überflüssig und Toleranz als schädlich gelten. Manche ihrer Repräsentanten richten eine unverkennbare Aggressivität gegen die (kapitalistische) Wirtschaft, gegen unsere technisierte Zivilisation, gegen alle Autoritäten, was auch in einer wachsenden Militärfeindlichkeit zum Ausdruck kommt. Sie halten den schweizerischen Staat und die Bundesverfassung zum mindesten für interpretierbar. Dazu gibt es in unserem Land sozialrevolutionäre Gruppen, die ihre Vorbilder nicht mehr im «verspiesserten» Kommunismus der Sowjetunion, sondern in Mao Tse-tung und Fidel Castro sehen. Es sind kleine Minderheiten, aber jeder Politiker weiss, dass aus einer Minderheit von heute die Mehrheit von morgen werden kann.

Die «zornigen alten Männer»

Dass selbst die Werte und Formen der direkten Demokratie in Frage gestellt werden, erfüllt den Angehörigen des politischen Establishments mit ungläubigem Staunen. In den Augen der älteren Semester herrschen in unserem Staat Freiheit und die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung und

des sozialen Aufstiegs in einem Masse, wie es in der Geschichte der Eidgenossenschaft noch nie vorhanden war. Der Glaube an die Gesichertheit unserer Institutionen ist bei den meisten Politikern nur allzu tief verankert. Sie können das Gerede vom Abbau repressiver Strukturen und vollends von einem revolutionären Charakter der Jugendunruhen nicht ernst nehmen, weil die Verfechter solcher Ideen oft verwöhnte Wohlstandssöhnchen und Boulevardjournalisten sind und weil ein wirklich brennender Notstand und klare Ziele – in der Regel die Voraussetzungen einer Revolution – zu fehlen scheinen. Es trifft zu und wird in Diskussionen immer wieder ausgesprochen, dass der heranwachsenden Generation die Demokratie und der Wohlstand so selbstverständlich geworden sind, dass die Grundlagen und Voraussetzungen kaum mehr wahrgenommen werden. Wenn gewisse Jugendliche von «faschistoiden Zuständen» sprechen, wissen sie offenbar nicht, was der Faschismus in Wirklichkeit war.

Wenn der Politiker den Stellenwert der Jugendrevolte innerhalb der staatlichen Gegebenheiten der Schweiz einschätzen will, darf er sein Augenmerk nicht allein auf die Vorgänge an den Universitäten und auf die Jugendlichen selber richten. Er wird sich auch Rechenschaft darüber abgeben müssen, dass sich als Reaktion in der verärgerten Bürgerschaft ein Unwille über die zur entschlossenen Abwehr vermeintlich unfähigen Behörden und über zu grosse Nachgiebigkeit bemerkbar macht. Dem Volksvertreter wird es nicht entgehen, dass den «zornigen jungen Männern» – ein Begriff aus dem Werk des englischen Schriftstellers John Osborne – heute zornige alte Männer gegenüberstehen. Sie werden zornig darüber, wenn sie mitansehen müssen, dass der Wohlstand, den sie errungen haben, als lästige Erscheinung abgetan wird. Es ärgert sie, wenn junge Linksintellektuelle tun, als wäre die Verbesserung der Welt die einfachste Sache. Es erbittert sie, wenn der verfassungsmässige Apparat, um den noch die Grossväter gekämpft haben, einem revolutionären Pathos zuliebe über Bord geworfen werden soll. Es erregt sie, wenn sie hören müssen, dass die Militärdienstleistungen und Opfer während des Aktivdienstes ohne Sinn gewesen sein sollen.

Auch um diese Schicht haben sich Regierung und Parteien zu kümmern. Es liegt nahe, dass die «zornigen alten Männer» ihr Heil eher bei Rechtsparteien suchen. Auf diese Weise beeinflussen die Jugendunruhen das politische Klima und können zu einer Polarisierung der Kräfte in der Schweiz beitragen, die jeder Vernünftige nur zu bedauern hat. Der Linksdrall, der Gauchismus, wird nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von der Sozialdemokratie gefürchtet und bekämpft. Es besteht offensichtlich die Gefahr, dass der auf der rechten Seite verlorene Boden durch ein Ausholen nach links wettgemacht werden soll. So kann es etwa zu Konzessionen an militärfeindliche Strömungen kommen. Es wäre meines Erachtens

falsch, sich über das auf diese Weise in Bewegung geratene Parteiensystem und über Verluste der demokratischen Linkspartei zu freuen. Denn die Schweiz kann nur davon gewinnen, wenn es einen breiten Konsensus über ihre politischen Grundlagen gibt.

Fragestellungen einer sensibilisierten Jugend

Ein gängiges Urteil über die Protestbewegung, insbesondere über die Ereignisse an den Universitäten, lässt sich auf den simplen Nenner bringen: «Man darf diese Aufsässigkeit nicht ernst nehmen, denn es sind junge Leute. Sie sollen studieren, nicht demonstrieren. Wer noch vom Vater unterhalten wird und vom Staat Stipendien bezieht, hat den Mund zu halten. Ohnehin handelt es sich bei den Demonstranten um eine kleine Minderheit von Wirrköpfen und Radaubrüdern.» – Ohne Zweifel wäre es verhängnisvoll, wollte sich ein Behördemitglied oder verantwortlicher Politiker diese landläufige Meinung zu eigen machen und übersehen, dass hinter dem oft exzentrischen Gehaben bei manchen jungen Leuten ein echtes, wenn auch vielleicht noch zu wenig reflektiertes Unbehagen gegenüber der sogenannten «Leistungsgesellschaft» steckt. Zudem: wer heute noch erstaunt fragt, was die Studenten wollen, der kennt die Zustände in manchen Laboratorien und Mensen, aber auch die Wohnungsprobleme zu wenig. Und wer sich die Mühe nimmt, die Verhältnisse in der Lehrlingsausbildung genauer zu überprüfen, wird einige konkrete Forderungen der «Hydra» als berechtigt anerkennen müssen. Dass die daraus entstehenden Konflikte von interessierten Kreisen bewusst gesteuert werden, gehört ebenfalls zu den Realitäten.

Darüber hinaus ist einzuräumen, dass die Jugend, die noch nicht dem Profitdenken verfallen ist, die noch keine Verantwortung für das Gedeihen eines Unternehmens trägt und sich nicht am Ringen um Machtpositionen im Staat und in der Wirtschaft beteiligt, in ihren besten Vertretern ein ausgeprägteres Sensorium für ungelöste humane Fundamentalprobleme besitzt als die etablierte Gesellschaft. Wenn sie die Politiker daran erinnert, dass es noch andere Ziele gibt als den Kampf um die materielle Besserstellung, so sollte man ihr dafür dankbar sein. Selbst die Tatsache, dass die Jugend dank geschärfter Sensibilität nicht nur an den Hochschulen, an den Gymnasien und im Lehrlingswesen, sondern auch im Getriebe der direkten Demokratie «Repressionen», «Frustrationen» und «Manipulationen» feststellt und nach Verbesserungen des Mitspracherechts ruft, ist an sich legitim.

Mancher Politiker wird in den nächsten Jahren den Glauben aufgeben müssen, dass der Prozess der Demokratisierung mit der freien Wahl der Parlamente und mit der Verankerung der Volksrechte abgeschlossen sei.

Jetzt schon hat die Jugendunruhe mitgeholfen, die Bereitschaft zu Reformen zu wecken und zu verstärken. Die beiden Motionäre im National- und Ständerat, Peter Dürrenmatt und Karl Obrecht, die den Vorstoss zur Totalrevision der Bundesverfassung unternahmen, berufen sich geradezu darauf, der unruhig gewordenen Jugend eine Aufgabe stellen zu wollen. An den Antworten auf den Fragenkatalog der Kommission Wahlen haben denn auch die Hochschulen und Studenten eifrig mitgearbeitet, ohne dass die Grundstrukturen unseres Staates in Frage gestellt und revolutionäre Vorschläge gemacht worden sind. Allerdings hat sich seit dem Jahre 1968 das Klima verschärft. Der politische Radikalismus ist gewachsen.

Versteifte Fronten

Die Parteien und ihre Kader werden nicht um die Feststellung herumkommen, dass ihnen eine breite Schicht von Jugendlichen mit Misstrauen gegenübersteht. Das «kritische Bewusstsein» und die «radikale Verweigerung», zwei besonders von Professor Herbert Marcuse gepflegte Vokabeln, machen nicht halt vor ihnen. Wenn gegen die Autorität rebelliert wird, muss sich diese Abneigung auch gegen die Parteipolitik richten. Manche Rebellen beginnen ihr politisches Engagement in einer Partei und treten aus, wenn ihre Forderungen nicht sogleich übernommen werden. Denn Geduld und Toleranz sind heute weniger denn je eine Tugend der Jungen. Sie meinen Schreckliches entdeckt zu haben, wenn ihnen der Nachweis gelingt, dass die politische Praxis nicht der Bilderbuchdemokratie entspricht, von der sie in der Schule (oder aus den Reden mancher Politiker) gehört haben. Nicht wenige erklären zum vornherein, dass es heute für eine radikal-oppositionelle Gruppe überhaupt keinen Platz in einer demokratischen Institution mehr gebe, da unsere Gesellschaftsstruktur autoritär sei und immer autoritärer werde. Sie haben den (falschen) Eindruck, als sei das «Establishment» eine abgeschlossene Führungsgruppe. Anderseits lässt sich nicht bestreiten, dass mancher Parteipolitiker das politische Engagement begrüsst, wenn es die allgemeine Meinung bestätigt. Es wird abgelehnt, wenn es ihr widerspricht oder gar die Ruhe stört, denn die Einheit der Partei ist manchem Partei- oder Fraktionspräsidenten wichtiger als die Freiheit. Und wer hätte auch, als er vor zwanzig Jahren zum erhöhten politischen Engagement der Jugend aufrief, gedacht, dass es so aussehen würde: so leidenschaftlich, so lautstark und so linksradikal!

Zum Teil mögen das Misstrauen und die Versteifung der Fronten aus mangelnder Information stammen. Die unruhigen Jugendlichen, auch die Studenten unter ihnen, kennen die Bedingungen nicht, unter denen etwa die

eidgenössischen Parlamentarier arbeiten. Die Politiker wiederum haben noch zu wenig begriffen, dass sich die Studenten heute in einer gesellschaftlichen und ökonomischen Aussenseitersituation befinden und dass sie besonders empfindlich reagieren, wenn ihnen dieser Sonderstatus zum Vorwurf gemacht wird. Gerade die verantwortungsbewussten und fleissigen Studenten leiden darunter, in einem Alter, da andere schon reichlich, ja manchmal überreichlich viel verdienen, noch immer hinter Büchern und auf Laborstühlen unsichtbare Arbeit zu verrichten. Es ist keine Frage, dass sich der Student in seiner sozialen Stellung mehr als früher vom gleichaltrigen, in den Arbeitsprozess eingegliederten Nichtstudenten unterscheidet, und dass in ihm das Bewusstsein dafür erwacht ist, einer Minorität anzugehören. Wird diese Sonderstellung zum Anlass genommen, die Studierenden unter die Jugendlichen einzureihen und ihnen das Recht auf Mitwirkung in Staat und Gesellschaft abzusprechen, so ist eine scharfe Reaktion verständlich.

Dem Politiker kommt die Aufgabe zu, den Studenten aus seiner Aussenseiterposition herauszuholen und die Eingliederung zu fördern. Verweigert er das Gespräch und das Verständnis für gewisse Formen der Demonstration, so steigert er die Gefahr, eine Welle der Solidarität auszulösen und die Vernünftigen auf die Seite der Extremisten zu bringen. Die politisch aktiven Minderheiten erreichen eine Solidarisierung und Politisierung der Mehrheit oft weniger durch Wühlarbeit als infolge des Verhaltens der politischen Behörden. Die radikale Linke erhält ihre Theorie bestätigt, dass die «scheinliberale» Gesellschaft in der Abwehr rasch zur massiven Gewalt greift; je brutaler sie es tut, desto besser für die «kritische Bewusstseinsbildung». Das ist Strategie, und jeder Politiker sollte es wissen. Er sollte auch erkennen, dass die aufreizenden und schockierenden Demonstrationen der Go-ins, Sit-ins, Teach-ins zu Formen der politischen Willensbildung geworden sind, die sich besser als die herkömmlichen dazu eignen, junge Menschen in der Grossstadt aus ihrer Isolierung und Vereinsamung herauszuholen und ihnen ein Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln.

Die Aufforderung und die Bereitschaft, die Diskussion aufzunehmen, sind leicht auszusprechen, aber schwer durchzuführen. Ein Teil der unruhigen Jugendlichen demonstriert mit einem theoretischen Überbau. Radikales und manchmal neomarxistisches Gedankengut von Soziologen, Philosophen und Kulturkritikern wie Horkheimer, Adorno und vor allem Marcuse üben eine Faszination auf viele junge Menschen auch in der Schweiz aus. Diese Theoretiker verabreichen keine einfachen Rezepte und artikulieren das Unbehagen in einer Sprache, die nur Eingeweihten verständlich ist. Ausgangspunkt der Kritik ist dabei weniger die materielle Bedingung als das Bewusstsein – ein falsches, nichtrevolutionäres Bewusstsein, das es zu ändern gelte. Die Auseinandersetzung wird auf einem ideologischen Feld ausgetragen, das dem

Politiker kaum bekannt ist. Sein Elend besteht in der Zeitnot. Wer mit seiner Arbeit im Produktionsprozess steht und gleichzeitig als Milizparlamentarier ein politisches Mandat ausübt, hat in der Regel weder die Musse noch die Kraft, sich in die Werke des Herbert Marcuse zu vertiefen und sich um die geistige Problematik der Jugendlichen zu kümmern. Man findet die führenden Politiker in der Schweiz in den Organisationskomitees von Turn- und Sängerfesten. Sie sind oft eher die Getriebenen als die Antreibenden und für die jungen Stürmer und Dränger schlechte Gesprächspartner. Übrigens auch die Professoren, von denen nur wenige über genügende Debattier-Erfahrung verfügen. Sie wollen lehren, nicht diskutieren. Zudem haben die Jugendlichen und die Studenten keine Vertreter in den Parlamenten. Wenn sie sich mit ihren Postulaten und Denkschriften an den Dienstweg halten, geschieht vielleicht während langer Zeit nicht viel. So haben sie den Eindruck, dass überhört werde, wer nicht demonstriere und schreie.

Für gemeinsame Reformen

Aus meiner Sicht des Politikers gibt es einen *heilsamen* Protest, eine Unruhe, welche die Gesellschaft und die Parteien in Bewegung bringt. Es gibt aber auch einen Protest, der unserem Rechtsstaat und unserer Grundordnung ans Leben will und der nur Schaden stiften kann. Denn die überzeitliche Wahrheit muss der Jugend immer wieder klargemacht werden, dass jeder Freiheitsdrang zerstörerisch wird, wenn er nicht mit der Anerkennung von Autorität Hand in Hand geht, zum mindesten die Autorität jener Institutionen bejaht, welche die persönlichen Freiheiten und die Menschenrechte zu schützen haben. Der Protest darf nicht mit den heutigen gesellschaftlichen und politischen Strukturen auch jene Seinsgesetze negieren, die durch keine Reformen und Revolutionen je ausser Kraft gesetzt werden dürfen. Festhalten müssen wir darum an der Rechtsordnung, die auf dem freien Willen des Volkes beruht und durch ein rechtliches Verfahren geändert werden kann. Das muss Gemeingut aller Politiker und aller Parteien sein und bleiben.

Keine Bagatellisierung kann die Tatsache aus der Welt schaffen, dass die zumeist von jugendlichen Kräften getragene radikale Bewegung noch immer im Wachsen ist. Revolution ist die Losung einiger Gruppen von Linksradikalen; das sagen sie uns frei ins Gesicht. Sie sehen das Wesen und Hauptinteresse unseres eidgenössischen Staates darin, die Privilegien der «herrschenden Schicht» zu schützen. Gewalttätigkeit ist nach ihrer Lehre zu dulden, sofern sie sich «im Dienst der Humanität» versteht (Adorno). Dieser

revolutionäre Wille pocht auf die Rechte unserer Verfassung, doch schützt diese nur den Gesinnungsgegner, nicht, wie vielfach missverstanden wird, den Gesinnungstäter. Ihm gegenüber gibt es keine andere Wahl als entschlossene Abwehr.

Zwar ist es nicht leicht, Kritik an den Mängeln des Staates und der Gesellschaftsordnung von den Aktivitäten, die deren Grundlagen zerstören, zu unterscheiden. Vieles kommt aber darauf an, ob die Politiker ein Augenmass und ein Sensorium dafür entwickeln, jenen Teil der Jugend, der aus demokratischer Beunruhigung rebellisch geworden ist, von den revolutionären und vielfach rein kriminellen und gewalttätigen Elementen zu unterscheiden, die nur zu einer weiteren Brutalisierung des Lebens beitragen. Unter den Tendenzen zur Ausweitung der Demokratie und zum Abbau «repressiver Strukturen» verstecken sich antidemokratische Kräfte, die nicht einsehen, dass Freiheit ohne Bindung zur Anarchie führt.

Ohne Zweifel gibt es heute Ansätze zu einer Evolution der Demokratie, die getragen sind von Jugendgruppen. Dadurch mögen wertvolle Impulse ausgelöst und Kräfte freigesetzt werden, die den demokratischen Staat zu dem machen, was er sein soll. Der Erfolg solchen Denkens und Strebens wird davon abhängen, wie weit es gelingt, neue Vorstellungen zu konkretisieren und einzubringen in die politischen Auseinandersetzungen über die Evolution der Gesellschaft. Wird es möglich sein, einen Teil der jetzt freigesetzten kritischen Energie positiv aufzunehmen und zu verwandeln in ein sinnvolles Programm für eine bessere Gesellschaft?

Der Politiker sollte Kritik ruhig anhören, verdiente und unverdiente, und das Schwanken zwischen unbegründeter Nachgiebigkeit aus Opportunität und übertriebener Härte vermeiden. Er hat sich abzufinden mit neuen Formen des Protestes (go-in, sit-in, teach-in), die an sich nicht viel besagen, sofern sie die öffentliche Ordnung nicht stören. Mögen andere sich Pauschalurteile leisten, die verantwortlichen Politiker und Behördemitglieder haben sorgfältig zu differenzieren und die Auseinandersetzung so zu führen, dass die jungen Menschen wo immer möglich für demokratische Reformen gewonnen werden und sich nicht in der Demonstration verhärten. Aufgabe aller Älteren ist es, der gesprächs- und reformbereiten Jugend Wege finden zu helfen, auf denen wirklich etwas in positiver Richtung verändert werden kann. Denn unsere staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind in stetem Fluss begriffen, bald in einem langsamen, bald in einem rascheren. Die Spannungen, die sich aus dieser Bewegung ergeben, müssen immer wieder durch richtiges Handeln überwunden werden.